

# Formulierungsvorschlag

für eine Ergänzungsabrede zum Arbeitsvertrag betreffend  
die fachliche Unabhängigkeit der Berufsausübung als Syndikusrechtsanwalt

**Die fachliche Unabhängigkeit der Berufsausübung der Syndikusrechtsanwältin/ des Syndikusrechtsanwalts ist gemäß § 46 Abs. 4 BRAO „vertraglich und tatsächlich zu gewährleisten“. Das bedeutet in vertraglicher Hinsicht, dass die fachliche Unabhängigkeit ausdrücklicher Vertragsgegenstand sein muss.**

Zwischen [Name/Firma Arbeitgeber] als Arbeitgeber  
und  
Frau/Herrn [Name, Vorname] als Arbeitnehmer/in

wird folgende Ergänzung zum Arbeitsvertrag vom [Datum] mit Wirkung zum [Datum] getroffen:

## § 1 Tätigkeit <sup>1)</sup>

- (1) Die/Der Arbeitnehmer/in ist anwaltlich beim Arbeitgeber tätig. Mit entsprechender Zulassung durch die zuständige Rechtsanwaltskammer wird sie/er als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) vom Arbeitgeber beschäftigt.
- (2) Das Arbeitsverhältnis ist geprägt durch folgende fachlich unabhängig und eigenverantwortlich auszuübende Tätigkeiten sowie durch folgende Merkmale:
  - die Prüfung von Rechtsfragen, einschließlich der Aufklärung des Sachverhalts, sowie das Erarbeiten und Bewerten von Lösungsmöglichkeiten, (*hier: eigene Tätigkeitsbeschreibung*)
  - die Erteilung von Rechtsrat, (*hier: eigene Tätigkeitsbeschreibung*)
  - die Ausrichtung der Tätigkeit auf die Gestaltung von Rechtsverhältnissen, insbesondere durch das selbständige Führen von Verhandlungen, oder auf die Verwirklichung von Rechten und (*hier: eigene Tätigkeitsbeschreibung*)
  - die Befugnis, nach außen verantwortlich aufzutreten (*hier: eigene Tätigkeitsbeschreibung*)

## § 2 Fachliche Unabhängigkeit

- (1) Die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer arbeitet im Rahmen der Berufsausübung als Syndikusrechtsanwältin/ Syndikusrechtsanwalt fachlich unabhängig (§ 46 Abs. 3 und 4 BRAO). Sie/Er unterliegt keinen allgemeinen oder konkreten Weisungen die eine eigenständige Analyse der Rechtslage und eine einzelfallorientierte Rechtsberatung ausschließen. Ihm/Ihr gegenüber bestehen keine Vorgaben zur Art und Weise der Bearbeitung und Bewertung bestimmter Rechtsfragen, er/sie arbeitet fachlich eigenverantwortlich. Er/Sie ist im Rahmen der von ihm/ihr zu erbringenden Rechtsberatung und –vertretung den Pflichten des anwaltlichen Berufsrechts unterworfen. **Eventuell anderslautende Regelungen im Arbeitsvertrag vom ..... zum Direktionsrecht gelten bezogen auf die anwaltliche Tätigkeit der Frau/des Herrn .....nicht mehr.**
- (2) Das Direktionsrecht des Arbeitgebers im Übrigen bleibt davon unberührt.

## § 3 Zeichnungsbefugnis <sup>2)</sup>

**Die Arbeitnehmerin/ der Arbeitnehmer ist befugt, nach außen verantwortlich aufzutreten. Sie/ Er ist zeichnungsberechtigt für alle intern wie extern ausgehenden Schreiben und Schriftsätze, die sie/ er im Rahmen ihrer/ seiner Berufsausübung als Syndikusrechtsanwältin/ Syndikusrechtsanwalt fertigt.**

Ort, Datum

.....  
Unterschrift/Arbeitgeber

.....  
Unterschrift/Arbeitnehmer/in

<sup>1</sup> Die Aufnahme von Regelungen im Sinne von § 1 des Vorschlags sieht das Gesetz nicht ausdrücklich vor. Der Arbeitsvertrag bildet jedoch die wesentliche Grundlage, anhand derer das Vorliegen einer anwaltlichen Tätigkeit geprüft wird (BT-Drs. 18/5201, S. 34). Entsprechende Kriterien müssen sich daher aus dem Arbeitsvertrag ergeben.

<sup>2</sup> Das Gesetz verlangt in § 46 Abs. 3 Nr. 4 BRAO zur Bejahung einer anwaltlichen Tätigkeit, dass der Arbeitnehmer befugt ist, „nach außen verantwortlich aufzutreten“. Es bietet sich an, diese Befugnis im Arbeitsvertrag zumindest in Form einer Zeichnungsbefugnis zu regeln. Entsprechende Befugnisse können jedoch auch anderweitig eingeräumt werden.